



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41c-18_69

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-18_69

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

apo info apo info

DIE GROSSE WELTKOALITION UND DIE SCHIESSEREIEN AM USSURI

Die Insel Dschenbao (russisch Damanski) im Fluss Ussuri an der chinesisch-sowjetischen Grenze ist etwa einen halben Quadratkilometer gross. Wegen dieser paar Sand- und Gesteinshaufen kommt es keiner Regierung in den Sinn, einen Krieg zu riskieren. Also müssen die Hintergründe der Schiessereien in globalen politischen Prozessen gesucht werden. Dennoch soll versucht werden, auch die rechtliche Lage und den Hergang der Grenzgefechte darzustellen. Da von den beiden beteiligten Seiten verschiedene, von uns in vielen Teilen nicht nachprüfbar verlautbarungen vorliegen, soll uns eine Analyse der beiden Versionen einen ersten Anhaltspunkt liefern.

Dazu schreibt die bürgerlich-liberale "Frankfurter Rundschau" am 18. März 1969:

"Die Sowjets behaupten, die Insel Damanski, um die die blutigen Grenzwischenfälle entbrannt sind, sei sowjetisches Territorium, und damit basta. Wesentlich sachlicher verhält sich die chinesische Seite, die es in einer Erklärung ihres Aussenministers für nötig befunden hat, entsprechende Verträge zu zitieren, und darauf hinzuweisen, dass der Fluss Ussuri die Grenze zwischen beiden Staaten in diesem Gebiet bildet und nach internationalem Recht in solchen Fällen die Hauptschiffahrtslinie den genauen Grenzlauf auch markiere."

Diese Zeitung, welche im übrigen sehr für "Entspannung" im Sinne der amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit wirbt, sieht sich weiterhin genötigt, auf folgendes hinzuweisen:

"Die in den sowjetischen Zeitungen erschienenen Schilderungen stimmen nicht in allen Punkten überein und widersprechen einer Aussage von General Ijonow. Der General hatte in klaren Worten entschieden verneint, dass gepanzerte Fahrzeuge eingesetzt wurden, während in den Presseberichten von ihrem Einsatz auf sowjetischer Seite die Rede war."

Stellen wir derartige Widersprüchlichkeiten bei der Beurteilung von verlautbarungen in Rechnung, so gewinnt die folgende, aus den uns vorliegenden Quellen konstruierte Darstellung die grösste Wahrscheinlichkeit.

Historischer Abriss:

In den Kriegen zwischen dem zaristischen Russland und dem kaiserlichen China vor über einem Jahrhundert wurden weite Teile Sibiriens, die vorher zu China gehörten, von den Russen okkupiert. Der Zar zwang die unterlegenen Chinesen im Jahre 1860 zum ungleichen "Vertrag von Peking", welcher die Eroberungen des russischen Imperialismus "legalisierte". Selbst nach diesem, dem chinesischen Volk aufgezwungenen Vertrag gehört die Insel Dschenbao im Ussurifluss zu China! Sie steht schon lange unter chinesischer Gerichtsbarkeit und wird immer von chinesischen Grenzwachen kontrolliert. Erst seit Anfang 1967 drangen während der Frostperioden sowjetische Grenzschutztruppen wiederholt in das Gebiet der Insel Dschenbao vor. Nach chinesischer Darstellung verwundeten sie dabei Angehörige des chinesischen Grenzschutzes, die ihren normalen Patrouillendienst versahen, und nahmen chinesische Waffen und Munition an sich. Die Sowjets wiesen Berichte über derartige Zwischenfälle stets zurück oder spielten sie herunter. (Uebrigens darf man, wie im allgemeinen die bürgerliche Presse, die Forderungen der Chinesen nach einer Revision der zaristischen Verträge, welche die russisch annektierten Gebiete Sibiriens betreffen, nicht verwechseln mit der Verteidigung der anerkannt chinesischen Insel Dschenbao. Zum Problem der umstrittenen Gebiete siehe die ausführliche Abhandlung in den "Neuen Zürcher Nachrichten" vom Donnerstag, 20. März 69.).

Beginn der jüngsten Zwischenfälle:

Am 2. März 69 gegen 9 Uhr drang eine grössere Zahl bewaffneter sowjetischer Soldaten mit zwei Panzern, einem LKW und einem Kommandowagen über das Eis in die Insel Dschenbao ein. Trotz Warnung von Seiten der chinesischen Grenz-



wachen, die ihren normalen Dienst verrichteten, rückte der sowjetische Konvoi weiter vor und eröffnete um 9.17 Uhr das Feuer auf die Grenzwachen. Diese schossen zurück. Dabei fielen sowohl chinesische als auch sowjetische Soldaten. Wie die späteren blutigen Zusammenstöße in den letzten Wochen zustande kamen, lässt sich noch nicht mit so grosser Wahrscheinlichkeit rekonstruieren, ist aber für die moralisch-rechtliche Beurteilung der Schiessereien nicht mehr so wesentlich.

DIE HINTERGRUENDE:

Militärisch gesehen, kann die Volksrepublik China kein Interesse haben, einen grossen Teil ihrer Truppen an der sowjetischen Grenze gebunden zu sehen, da sie seit über 20 Jahren von den USA und ihren Marionetten auf Taiwan bedroht wird. Auch eine amerikanische Ausweitung des Vietnamkrieges auf China ist noch nicht ganz ausgeschlossen. Moskau ist da in einer günstigeren Position: es hat seine Satelliten vorläufig militärisch fest in der Hand und braucht vorderhand wegen der Absprachen mit Washington keinen NATO-Angriff in Europa zu fürchten.

Ablenkungsmanöver?

Wer "braucht" den Grenzkonflikt aus politischen Gründen? Sicher nicht die chinesische Regierung. Mit der Kulturrevolution entstand in der Volksrepublik China eine neue - die bisher weitgehendste - Form sozialistischer Demokratie, welche die bewusste, etappenweise Fortführung der "ununterbrochenen Revolution" seitens der Arbeiter, Bauern, revolutionären Schülern und Intellektuellen, Soldaten und revolutionären Mitgliedern der Kommunistischen Partei garantiert. (Siehe dazu das Buch von Giovanni Blumer, "Die Chinesische Kulturrevolution 1965/67" Europäische Verlagsanstalt). Der Revisionismus wurde umfassend im chinesischen Volk diskutiert und verurteilt, auch die Solidarität mit den unterdrückten Nationen hält China fest zusammen.

Anders bei der Sowjetregierung. Ihre Handlungsweise gegenüber der CSSR hat sowohl innerhalb der herrschenden Schicht - bei liberal-bürgerlichen Intellektuellen à la Sacharow - aber auch schon im Volk einige Kritik eingesteckt. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Satelliten sowie ihrer Anhänger in den "Kommunistischen" Parteien des Westens zersetzen nach wie vor die Autorität der Breschnew-Gruppe in der von ihr dirigierten Bewegung. Der Zwischenfall am Ussuri und das folgende sowjetische Propagandamanöver dürfte für die Herren des Kreml einen verzweifelten Versuch darstellen, die "Einheit" von sowjetischer Bevölkerung, Satellitenländern und "Kommunistischen" Parteien wiederherzustellen. Tatsächlich können sie erste Erfolge buchen. Die Dubcek-Hierarchie in der CSSR, die vor einem Jahr noch offen auf Unabhängigkeitskurs steuerte, hat die sowjetische Darstellung trotz ihrer offensichtlichen Widersprüchlichkeit voll übernommen.

Sozialistischer Handel oder Neokolonialismus?

Obwohl man auch den sowjetischen Bürokraten ein derart phantastisches Spiel mit dem Feuer, das nur auf ein Harakiri hinauslaufen kann, nicht zutrauen möchte, so ist doch festzuhalten: Sollte Moskau immer noch die Unterwerfung Chinas oder einiger Regionen planen, so wollen sie derartige neue Satelliten genauso behandeln wie jetzt die Mongolische Volksrepublik: Ausbeutung durch Handel.

Dazu einige Streiflichter: Ein einziges Fahrrad wird gegen vier mongolische Pferde getauscht, ein Spielzeugschaf gegen ein lebendiges Schaf. Die Verschuldung der Mongolei gegenüber der Sowjetunion ist über zehnmal höher als der Gesamtwert des Viehbestandes. Obwohl die Mongolei für ihre Viehwirtschaft bekannt ist, sah sie sich wegen derartiger "Tauschbeziehungen" gezwungen, einen fleischlosen Tag in der Woche anzuordnen.

Ein Gratulationsgeschenk für Nixon

Von der Ussuri-Schiesserei profitiert nicht nur der oben angedeutete sowjetische Neokolonialismus, sondern auch der US-Imperialismus. Die Sowjetregierung hat damit erneut ihr Loyalität bei der amerikanisch-sowjetischen Partnerschaft bekräftigt, welche sich nicht nur gegen das sowjetische und amerikanische Volk auswirkt, sondern auch gegen die Länder der Dritten Welt, ja sogar gegen die Völker Ost- und Westeuropas gerichtet ist.

Auf Kosten Vietnams

Das Wichtigste: China unterstützt den Willen der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) und der südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront (NBF), den revolutionären Kampf bis zur letzten Konsequenz - der Vertreibung der amerikanischen Aggressionstruppen aus Vietnam - fortzusetzen. Die Volksrepublik China ist bereit, neben der laufenden materiellen und personellen Hilfe, ihr Territorium als Hinterland zur Verfügung zu stellen - selbst wenn sie deshalb von den Amerikanern in den Krieg hineingezogen wird.

Die Sowjetregierung liefert zwar Waffen - um ihr Gesicht vor den Völkern der Dritten Welt nicht völlig zu verlieren - , sie übt (nach sicheren Aussagen vietnamesischer Genossen) jedoch seit langem einen Druck aus, um Hanoi und NBF zu einem Kompromissfrieden zu zwingen, welcher den Amerikanern mindestens Militärbasen in Südvietnam garantiert. Damit würden die nationalen Befreiungskämpfe der übrigen asiatischen Völker natürlich erschwert. Die Grenzwissenschaften können von Moskau als ein weiteres Druckmittel auf die Vietnamesen benutzt werden (so etwa: "Wenn so viel chinesische Truppen im Norden ihres Landes gebunden sind, wie konnt ihr euch da auf China verlassen?").

*

In dieser Situation muss unsere volle Solidarität der von den beiden imperialistischen Grossmächten USA und UdSSR bedrohten Volksrepublik China gehören!

Im Interesse Vietnams und aller Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas müssen wir aktiv gegen US-Imperialismus, Sowjet-Revisionismus und ihre grosse Weltkoalition protestieren!

APO - Informationsgruppe "Ussuri"
20. März 1969

eigendruck